

Anfrage

der Abgeordneten Mario Lindner, Genossinnen und Genossen,
an den Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft

betreffend **Schutz von Arbeitnehmer*innen vor psychischen Erkrankungen**

Nicht erst seit der Corona-Pandemie ist die psychische Gesundheit von Arbeitnehmer*innen zu einem zentralen Thema in der öffentlichen Debatte geworden. Während aber Medien und Politik berechtigterweise einen wichtigen Fokus auf die Verbesserung der psychosozialen Versorgung von jungen Menschen legen, kommt der psychischen Gesundheit von Arbeitnehmer*innen leider nicht die Aufmerksamkeit zu, die sie dringend benötigen würde. Dabei warnen Arbeitnehmervertreter*innen und Expert*innen schon lange davor, dass psychische Belastungen zu einem immer größeren Problem in der Arbeitswelt werden.

Seit Mitte der 1990er-Jahre haben sich die Krankenstandstage aufgrund psychischer Erkrankungen vervierfacht. Vor Beginn der Corona-Pandemie, im Jahr 2019, gab es mehr als 4.350.000 Krankenstandstage aufgrund von psychischen Erkrankungen und Verhaltensstörungen. Im Bereich der Invaliditätspensionen sind bereits über 40 Prozent durch psychische und Verhaltensstörungen bedingt. Die Arbeiterkammer warnt daher zu Recht: „Krankmachende psychische Belastung am Arbeitsplatz verursacht hohe Kosten für Betriebe und Volkswirtschaft. Rund 3,3 Milliarden Euro betragen die gesamtwirtschaftlichen Kosten der resultierenden Krankenstände jährlich.“¹

Gerade angesichts der massiven Auswirkungen der Corona-Pandemie, die unsere Gesellschaft noch für Jahre prägen werden, ist die Politik gefordert, die Förderung der psychischen Gesundheit am Arbeitsplatz endlich zur Priorität zu machen und alles dafür zu tun, damit die bestmögliche psychosoziale Versorgung für alle Arbeitnehmer*innen zur Verfügung steht.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

Anfrage:

1. Welche konkreten Maßnahmen setzt Ihr Ressort, um die psychosoziale Versorgung in der Arbeitswelt zu verbessern? Bitte um detaillierte Auflistung aller relevanten Programme, Projekte, Angebote, Kooperationen etc.
2. Welche Budgetmittel wurden seitens Ihres Ressorts zwischen 2018 und 2022 eingesetzt, um die psychische Gesundheit der Arbeitnehmer*innen in Österreich zu verbessern? Bitte um detaillierte Auflistung aller relevanten Budgetposten und der dazugehörigen Projekte, inkl. Projektzielen und -laufzeit.
3. Welche konkreten Maßnahmen in der Arbeitswelt plant Ihr Ressort bis zum Ende der Legislaturperiode, um gerade angesichts der langfristigen Auswirkungen der Corona-

¹ https://www.arbeiterkammer.at/beratung/ArbeitundGesundheit/psychischebelastungen/Psychische_Krankmacher.html

Pandemie die psychosoziale Versorgung von Arbeitnehmer*innen zu verbessern?
Bitte um detaillierte Auflistung aller relevanten Programme, Projekte, Angebote, Kooperationen etc.

- a. Welche Budgetmittel werden zur Umsetzung dieser Angebote aufgewendet werden? Bitte um detaillierte Auflistung inkl. Höhe und UG.
4. Liegen Ihnen Daten darüber vor, wie viele Arbeitspsycholog*innen in Österreich insgesamt tätig sind? Wenn ja, bitte um detaillierte Auflistung nach Bundesland und Jahren zwischen 2018 und 2022.
5. Welche konkreten Maßnahmen setzt Ihr Ressort, um insbesondere die Eingliederung bzw. Wiedereingliederung von psychisch erkrankten Arbeitnehmer*innen in den Arbeitsmarkt zu fördern?
6. Sind seitens Ihres Ressorts gesetzliche Änderungen oder andere Schritte geplant, um insbesondere Mobbing- und Gewaltprävention am Arbeitsplatz als Pflichtaufgabe aller Arbeitgeber*innen verankern und dahingehende Sensibilisierung zu fördern?
 - a. Wenn ja, welche Schritte sind wann konkret geplant?
 - b. Wenn nein, warum sehen Sie dazu keine Notwendigkeit?

R. Silber

J. Gruber

M. Kainrath

Elisabeth Truchtlinger

